

**Festansprache des Sprechers der sudetendeutschen Volksgruppe
Landtagspräsident a. d. Johann Böhm
beim Brüxer Mariaschneefest am 06. August 2006 in Ochsenfurt**

„Kein Treffen ohne Gottesdienst, am Anfang oder in der Mitte. Das Treffen der Brüxer läuft sogar unter dem Motto: „Maria-Schnee-Fest“. Aus all dem kommt der Respekt vor Gott zum Ausdruck. Diesen Respekt wollen und dürfen wir nicht verlieren.“

1. Hans Rothfels, ein deutscher Jude, hatte sein Heimatland Deutschland in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts verlassen müssen. Er kehrte zurück. Und kümmerte sich fortan um die Problematik der Vertreibungen. Vertreibung macht Menschen zu Opfern. Sie ist Unrecht. Deshalb verurteilte er sie. 1946 sprach er den bedenkenswerten Satz: Wenn die laufenden Vertreibungen als Mittel der Politik anerkannt werden, welche Gewähr haben wir dann dafür, dass sie sich nicht anderswo wiederholen, z. B. auf dem Balkan?

Was er 1946 als Menetekel an die Wand geschrieben hat, trat anfangs der neunziger Jahre ein. Vertreibungen kamen wieder auf die Tagesordnung. Milosevic berief sich ausdrücklich darauf, dass ja auch die Tschechen ihre deutschen Mitbürger vertrieben hätten. Warum also werde jetzt er, werden die Serben, an den Pranger gestellt? Damit ist eine groteske Situation angesprochen. Die westliche Welt verhindert jetzt Vertreibungen; sie bietet militärische Macht dagegen auf. Der Balkan war der Schauplatz für solche Gegenmaßnahmen. Aber die Ergebnisse schon durchgeführter Vertreibungen erfreuen sich höchster Anerkennung. Also: Laufende Vertreibungen: Nein. Erfolgte Vertreibungen: Darüber legen wir den Mantel des Vergessens.

2. Vergessen wir das alles, sagte mir vor wenigen Jahren auch Milos Zeman, als er mich - den damals amtierenden bayerischen Landtagspräsidenten - besuchte. „Wir sind Politiker, wir wollen Zukunft gestalten. Um die Geschichte sollen sich die Historiker kümmern“. Und er fügte hinzu: „Wenn ich nach Schweden fahren würde, würde ich dort nicht auf das Wüten der Schweden in Böhmen während des 30-jährigen Krieges verweisen“. Ich entgegnete: „Ich habe Probleme, einfach Zeitschranken einzulegen“. Wie lasen sich Vergangenheit und Gegenwart klar trennen? Ich schilderte ihm folgendes Beispiel: Da waren vor 60 Jahren zwei Männer im Auto unterwegs. Sie verunglückten. Der eine brach sich das Schienbein; der andere zwei Wirbel. Der eine war schnell wieder gesund. Er kann gehen wie eh und je. Für den ist der Unfall Vergangenheit.

Der andere lag lange im Krankenhaus. Jetzt sitzt er immer noch im Rollstuhl. Für den ist der Unfall noch Gegenwart. Zu ihm kann ich nicht sagen: Für dich ist der Historiker zuständig; Du brauchst keine medizinische Betreuung.

Ganz allgemein gilt: Wo Unrechtsakte fortwirken, ist Politik zum Handeln aufgerufen. Die Opfer müssen ins Recht gesetzt werden. Diese haben gelitten oder leiden immer noch. Davor kann sich die Politik nicht drücken. Sich um die Opfer zu kümmern, ist eine gesamtpolitische Aufgabe. Diese Aufgabe berührt auch das deutsche Selbstverständnis. „Wir Deutsche werden erst dann mit uns und unserer Geschichte ins Reine kommen, wenn wir der Opfer in der eigenen Nation in gleicher Weise gedenken wie anderer Opfer“, hat der Publizist Arnulf Baring gesagt. Er hat damit den Kern der Sache getroffen.

3. Die öffentliche Diskussion läuft bei uns nicht auf der Opfer- sondern auf der Täterseite. „Wer hat denn angefangen?“, lautet die Frage. „Ihr wart es doch, wir haben nur reagiert“. So entschuldigen sich jeweils die, die etwas angestellt haben. Das ist vergleichbar dem Verhalten kleiner Buben, wenn sie für Raufereien zur Verantwortung gezogen werden. „Wir haben nicht angefangen“.

So hören es auch wir Deutsche. „Ihr habt den Krieg angefangen. Da war es doch ganz natürlich, dass wir zurückgeschlagen haben.“ Die Kriegsschuld stellen wir Deutsche nicht in Abrede. Wir bekennen uns zu den deutschen Untaten. Avi Primor, der frühere Botschafter Israels in Deutschland, hat das bei einem Vortrag in München zum Ausdruck gebracht: „Es gibt kein Land außer Deutschland, das durch Denkmäler nicht nur der Ruhmestaten, sondern auch der Untaten des eigenen Landes gedenkt“. Avi Primor ist ein unverdächtig Zeuge.

Apropos: Der Satz: „Wir haben nur zurückgeschlagen“ ist wohl untertrieben. Ich will auch das anhand eines Beispiels erläutern: Wenn mir einer mein Portemonnaie aus der Hand reißt, kann ich mir das zurückholen. Ich habe ja ein Recht auf Wiedergutmachung. Ich darf dem Räuber aber nicht über das, was mir gehört, hinaus auch noch sein Eigentum, seinen Geldbeutel abnehmen, und kräftig verprügeln! Genau dieses augenfällige Übermaß war es, das die Vertreibung kennzeichnete. Vaclav Havel, der frühere tschechische Staatspräsident, hat das deutlich ausgedrückt. Er hat über das tschechische

Verhalten gegenüber den Sudetendeutschen gesagt: „Das war nicht Strafe, das war Rache“.

4. Und es war in der Tat schlimm, was da geschah. Über 3 Mio. Sudetendeutsche wurden pauschal ihres gesamten Eigentums beraubt; es wurde ihnen also die Lebensgrundlage genommen.

* sie wurden aus ihrer Heimat vertrieben; damit verloren Sie den Lebensraum (es handelte sich um ein Drittel der Bevölkerung)

* Übergriffe ihnen gegenüber wurden für rechtmäßig erklärt - selbst Mord und Totschlag-, ihnen wurde also jegliches Schutzrecht abgesprochen (sog. Straffreiheitsgesetz).

Noch heute gelten die entsprechenden Bestimmungen fort. Von allen Vertreiberstaaten ist Tschechien das einzige Land, das die seinerzeitigen „Rechtsakte“ für richtig, gültig und unabänderlich erklärt hat. Durch einstimmigen Parlamentsbeschluss wurde dies im April 2002 so festgelegt. Und der Hauptverantwortliche für alles, Präsident Beneš, wurde durch ein Gesetz im Jahr 2004 gewissermaßen politisch heilig gesprochen; er wurde als Mann ausgezeichnet, der sich „um den Staat verdient gemacht“ hat.

Die ganze Brutalität gegenüber den Vertriebenen wird als natürlicher Vorgang dargestellt, - als Vorgang, der zwangsläufig war (Quelle des Friedens). Leider nicht nur von den Tschechen, sondern auch vom deutschen Außenminister. Der 2004 in Prag erklärt, die Vertreibung sei ein Stück deutscher Selbstzerstörung gewesen.

Auch eine junge Tschechin sagte mir bei einem Gespräch in München, die Maßnahme der Tschechen sei nur die Reaktion auf eine Aktion der Deutschen gewesen. Sie berief sich dabei auf den Naturwissenschaftler Newton, der das naturgesetzliche Prinzip von Ursache und Wirkung offen gelegt habe. Sicher, es gibt Naturgesetze, nach denen Vorgänge sozusagen zwangsläufig ablaufen. So entsteht beispielsweise durch Reibung Wärme. Aber menschliches Verhalten ist nicht den Naturgesetzen unterworfen. Der Mensch entscheidet auf Grund von Willensakten. Wenn mir jemand auf die linke Wange schlägt, kann ich zurückschlagen; oder ich kann, dem Evangelium gemäß, die rechte Wange hinhalten, um weitere Schläge entgegenzunehmen. Ich habe also die Wahl; ich stehe nicht unter naturgesetzlichem Zwang.

Der Klügere gibt nach, sagt das Sprichwort. Der Rachedurstige legt nach; er setzt noch eins drauf. Genau das bringt nichts. Aus dem Teufelskreis des Draufsattelns müssen wir heraus!

Die deutschen Vertriebenen haben dies erkannt. Sie haben 1950 in der Charta der Heimatvertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichtet; sie haben dem Nationalstaatswesen abgeschworen und auf ein friedliches Europa gesetzt. Sie haben sich dem Willen Gottes unterstellt. Das war ein bedeutsamer Akt. International war dieses Verhalten einmalig. Es gibt kaum Vergleichsfälle.

5. Arm wie Kirchenmäuse waren die Vertriebenen nach Restdeutschland gekommen. Sie fanden Aufnahme in einem Land, das zusammengebombt und ausgelaugt war. Sie stießen auf ein erstaunliches Maß an Solidarität. Das war für sie wichtig. Als Ausgestoßene waren sie aus der Heimat verjagt worden; als Menschen wurden sie diesseits der Grenze aufgenommen. Das gab ihnen Halt und Hoffnung.

Der Mensch braucht Heimat; er braucht einen Ort, wo er sich zugehörig fühlt und wo er Wurzeln schlagen kann. Wurzeln geben Halt. Wer keine Wurzeln hat, wird halt- und orientierungslos. Er wird vom Wind verweht wie lockere Ackerkrume.

Zur Heimat gehört nicht nur der Ort; zu ihr gehört auch die örtliche Gemeinschaft. Durch die Vertreibung waren diese Gemeinschaften auseinander gerissen worden. Die sozialen Bindungen waren damit gekappt. In diese Situation hinein - Heimat räumlich weg, soziale Bindungen zerrissen - kamen wie Geschenke des Himmels die Patenschaften deutscher Gemeinden mit den Ursprungsorten der Heimatvertriebenen. Sie schufen Ersatz-Heimat; sie eröffneten Raum für Begegnungen; sie ließen Erinnerungen wach werden; sie schufen Aktionseinheiten. Die Vertriebenen fühlten sich wieder aufgenommen. Das gerade durchlebte Gefühl des Ausgestoßenseins wandelte sich, es erwuchs neues Heimatgefühl.

und dieser neuen Heimat fühlten die Vertriebenen sich verpflichtet. Sie arbeiteten. Stalin war davon ausgegangen, dass Deutschland nicht fertig würde mit der Last, die die Millionen Vertriebenen für das Nachkriegsdeutschland bedeuteten. Er hatte einkalkuliert, dass durch die Massen Entwurzelter ein sozialer Sprengsatz gelegt werde; dass dieser explodieren und zur sozialistischen Revolution führen würde. Aber deutsche Vertriebene demonstrierten nicht; sie arbeiteten; sie ballten nicht die Fäuste zum Kampf, sondern krepelten die Ärmel hoch, um zu arbeiten. Sie blieben nicht in Lagern hocken, sie integrierten sich. Kurz: Sie wurden kein Faktor der Instabilität, sondern der Stabilität. Gerade Bayern profitierte von ihrer Aufbauleistung. Die Entwicklung des Landes vom Agrarstaat zum High-

Tech-Land ist ohne den Beitrag der Vertriebenen nicht erklärbar; eine Studie des bayerischen Staatsministeriums zeigt dies auf. Das ist eine - im weltweiten Vergleich - einmalige Leistung. Sie ist aus dem Miteinander von Heimatverbliebenen und Heimatvertriebenen erwachsen. (Die Patenschaften haben darin ihren angestammten Platz.)

6. Meine Damen und Herren, nichts wird wieder, wie es war". So hat Hans Schütz, ehemals bayerischer Staatssekretär, immer betont. Die Sudetendeutschen Gebiete werden nicht wieder geschlossen von Deutschen besiedelt. Viele wollen ja nach den langen Jahren nicht mehr zurück. Aber sie wollen aus der Diskriminierung heraus, dass sie staatlich unzuverlässig seien (wie es in den Beneš-Dekreten lautet); dass sie nicht würdig seien, im Land ihrer Väter -das diese gerodet und blühend gemacht haben - zu leben. Sie wollen als gleichberechtigte Bürger anerkannt und nicht als „Störenfriede" (vgl. Aussage Spidlas) oder Hitlerknechte eingestuft werden. Nicht zuletzt fragen die vertriebenen Sudetendeutschen, warum sie nicht die Chance haben sollen, da oder dort ein Stück ihres alten Grundeigentums zurückzuerhalten, soweit es nicht durch Tschechen gutgläubig erworben, sondern noch im Staatsbesitz ist. Das bewegliche Eigentum - Wertsachen, Sparbücher, Möbel usw. sind ja ohnehin unwiederbringlich verloren. Ungarn bietet solche Lösungen längst an; ebenso tut es Kroatien. Warum bleibt Tschechien völlig unbeweglich?

Warum soll die Forderung nach Wiedergutmachung ungebührlich sein? Sie ist doch ganz normal.

Und was die Tschechen angeht: Warum redet dieses Land nicht einmal mit seinen einstigen Mitbürgern? Sie sind es doch, denen Heimat und Eigentum genommen worden sind. Beide Rechtspositionen - sowohl Heimat - als auch Eigentumsrecht - sind Individualrechte. Sie stehen Personen zu; nur diese selbst - nicht der Staat - können darüber verfügen. Mit diesen Verfügungsberechtigten muss geredet werden. Der Hinweis: „Staaten reden nur mit Staaten" passt hier nicht; es geht ja nicht um Dinge, „die des Staates" sind.

„Schön, dass auf den unteren Ebenen geredet wird.

a) Katholische Bischöfe: Kollektivschuld abgelehnt.

b) Auch andere christliche Kirchen haben zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie die Starrheit der tschechischen Regierung verurteilt.“

Tschechiens Politik spekuliert auf die biologische Lösung. Sie spekuliert Erfolg versprechend. Die Vertriebenen wissen dies. Sie werden deswegen nicht ausfällig; sie drehen nicht durch. Sie haben ja in der alten Heimat nichts zu verlieren. Heimat und Eigentum sind weg.

Sie haben auch nur wenig zu gewinnen. Nach fast 60 Jahren ist ohnedies vieles von dem, was ihnen gehörte, zerstört, verbraucht oder gutgläubig erworben. Und wenn sie gar nichts mehr bekommen, werden sie das auch mit Fassung tragen. Sie sagen: Wir sind über ein halbes Jahrhundert ohne alte Heimat und alte Güter ausgekommen. Wir halten dies auch weiterhin durch.

Aber gegenüber den Tschechen wird immer wieder gefragt werden: Wo war die Legitimation für die Vertreibung; wo war die Legitimation für die Enteignung? Es wird keine ausreichende Antwort geben. Und junge Tschechen und die Welt werden weiter fragen: Warum habt ihr nichts wieder gutgemacht? Dieser Makel, einen Versuch der Wiedergutmachung **nicht** gewagt zu haben, wird dann bleiben. Er wird also wie eine Hypothek auf ihrer Geschichte ruhen.

Die früher von den Sudetendeutschen bewohnten Gebiete werden die Neubürger immer daran erinnern, dass hier Deutsche Jahrhunderte lang aufgebaut haben und dann rausgeworfen worden sind. Das ist ein Problem der Tschechen. Das müssen sie selbst lösen. Ob sie dazu die Kraft haben? Wir wünschen es ihnen. Sie haben nicht mehr viel Zeit zum Handeln.

Aber Akte der Anerkennung und der Wiedergutmachung würden Frieden schaffen. Und Beständigkeit. „Nichts ist dauerhaft gelöst, was nicht gerecht gelöst ist" hat Abraham Lincoln gesagt. Er wusste, was er sagte!

Ochsenfurt, August 2006